KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Oktober 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

P 434 Postulat Roth David und Mit. über „Romreisli“ ist keine Staatsaufgabe / Staatskanzlei

Das Postulat P 434 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Ruedi Burkard: Die FDP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung ab. Diese wichtige Reise findet erst nächsten Mai statt, deshalb kann das Postulat im ordentlichen Verfahren behandelt werden. Zudem befinden sich bereits genügend Geschäfte auf der Traktandenliste. Ich bitte Sie deshalb, die Dringlichkeit abzulehnen.

Priska Galliker: Die CVP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu, damit die Fakten rund um den Besuch anlässlich der Vereidigung der neuen Schweizer Gardisten auf den Tisch gelegt werden können. Zudem erhält die Regierung so die Gelegenheit, auf die in den Medien verbreiteten Unwahrheiten zu reagieren.

David Roth: Ich bitte Sie, der Dringlichkeit stattzugeben. Ruedi Burkard konnte kein überzeugendes Argument gegen die dringliche Behandlung liefern.

Hans Stutz: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Die Argumentation von Ruedi Burkard vermag nicht zu überzeugen. Nur schon aus Kostengründen ist die dringliche Behandlung notwendig, damit allenfalls die Planung noch rechtzeitig gestoppt werden kann.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen, damit wir Ihnen die Zielsetzung und unsere Motivation zu dieser geplanten Reise erklären können.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 93 zu 19 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
David Roth hält an seinem Postulat fest.

David Roth: Von Transparenz kann in der Begründung der Regierung keine Rede sein. Ich schaffe aber gerne Transparenz, so wie es die Staatskanzlei gegenüber den Medien mit der Veröffentlichung der Reisekosten getan hat. Die Reise- und Aufenthaltskosten der Delegation betragen 20 000 Franken. Nach der Vereidigung findet ein Apéro mit 700 Gästen mit Kosten in der Höhe von 35 000 Franken statt. Dazu kommen noch Diverses und Geschenke in der Höhe von 10 000 Franken. Allein der Apéro also, an den der Kanton nur einen Beitrag leistet, kostet den Kanton pro teilnehmende Person 50 Franken. Wir haben unzählige Anrufe und E-Mails von Personen erhalten, die von den Kürzungen bei der Prämienverbilligung betroffen sind. Diese Personen können nicht verstehen, warum allein für einen solchen Apéro 35 000 Franken ausgegeben werden können. Das Vertrauen der Bevölkerung, dass wir mit den Finanzen verantwortungsvoll umgehen können, hängt genau von solchen Aktionen ab. Mit solchen Aktionen verliert die Bevölkerung das Vertrauen in unsere Regierung. Natürlich kann sich der Kanton Luzern diese Reise leisten, schliesslich haben es die Kantone Zug und Obwalden ebenfalls getan, und es ist zu keinem Aufruhr in der Bevölkerung gekommen. In Zug und Obwalden wurde der Bevölkerung aber auch nicht

das Gleiche zugemutet wie in Luzern. Es geht hier nicht um den Vatikan oder um Rom. Es geht darum, dass man sich eine solche Reise einfach nicht leisten kann, wenn man gleichzeitig bereits ausbezahlte Gelder aus der Prämienverbilligung wieder zurückfordert. Die betroffenen Personen sind davon ausgegangen, dass sie einen Anspruch auf diese Gelder haben. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen und damit das Vertrauen der Bevölkerung in unseren Kanton wiederherzustellen. Es geht um sehr viel mehr, als um 100 000 Franken; es geht darum, ein Zeichen zu setzen.

Hans Stutz: Ich teile die Einschätzung von David Roth. Wir kennen die Geschichten von alleinerziehenden Müttern, die in Schwierigkeiten geraten, weil sie die Prämienverbilligung zurückerstatten müssen, oder des Schauspielers, der auf Beiträge für die freie Szene verzichten und auf die Prämienverbilligung verzichten muss. Aber auch in der Verwaltung wird an allen Ecken und Enden gespart. Nun kommt der Regierungsrat mit einer Reise nach Rom, die 100 000 Franken kosten soll. Das ist störend und politisch unsensibel, aber auch ein Ausdruck der Machtverhältnisse in diesem Kanton. Dieses Verhalten ist nicht zukunftsträchtig. Es ist befremdlich, dass in der Begründung der Regierung darauf verwiesen wird, dass auch Mitglieder des Kantonsrates auf diese Reise gehen dürften. Sollen wir uns damit einlullen lassen und auf Kritik verzichten? Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Laut ihrer Begründung führt die Regierung pro Legislatur einen Anlass von grösserer aussenpolitischer Bedeutung durch. Warum muss es schon wieder der Vatikan in Rom sein, ein Staat, der nicht demokratisch ist und dessen Exponenten nichts von Frauenemanzipation halten und der gegenüber verschiedensten Minderheiten immer noch Aggressionen schürt? Das ist kein Umgang für eine demokratisch gewählte Regierung. In der Begründung wird auf die lange Tradition mit Rom verwiesen. Diese Tradition stammt aus der Zeit des Feudalismus oder aus der Restauration vor 1848. Diese Zeiten sind vorbei. Heute gehören noch 63 Prozent der Bevölkerung der römisch-katholischen Kirche an, und die Zahl der Religionslosen steigt jeden Tag.

Markus Hess: Die Pflege des Kontakts zur päpstlichen Garde ist eine gut begründete Tradition, die weiterhin gepflegt werden soll. Der Besuch der Regierung in Rom steht mit Blick auf die finanziellen Probleme des Kantons unter einem besonderen Stern. Es ist nicht der Stern von Bethlehem, sondern ein mahnender Stern. Dieses Jahr wurden im Kanton 52 Millionen Franken bei der Prämienverbilligung, bei den Stipendien, bei der Kulturförderung und bei den Löhnen der Kantonsangestellten eingespart. 2018 stehen wir vor dem gleichen Problem, es müssen 60 Millionen Franken eingespart werden. In solchen Zeiten können keine Staatsgelder für mehr oder weniger persönliche Freuden ausgegeben werden, auch wenn es sich um Gelder aus dem Lotteriefonds handelt. Wir empfehlen dem Regierungsrat deshalb, dass er diese Reise zwar unternehmen, diese aber selber bezahlen soll. So setzt er ein Zeichen für sein eigenverantwortliches und uneigennütziges Verhalten. Zudem soll er die Schweizer Botschaft in Rom informieren und involvieren, denn sie ist für aussenpolitische Kontakte mit dem Vatikan und anderen Ländern zuständig. Vielleicht kann auf diesem Weg sogar der Apéro finanziert werden.

Priska Galliker: Ein grosser Teil der CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Was gehört eigentlich zu den Staatsaufgaben? Das lässt sich weder in drei Minuten noch mit einem Satz erklären. Sicher ist, dass die Pflege von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten, auch über die Kantons- oder gar Landesgrenzen hinweg, zur verfassungsmässigen Aufgabe unserer Regierung gehört. Nur einmal pro Legislatur nimmt die Luzerner Regierung eine grössere Einladung an. Es ist erfreulich, dass nächstes Jahr die Vereidung der Gardisten in Rom besucht wird, weil den Kanton eine lange Tradition mit der Schweizer Garde verbindet. Zudem werden nächstes Jahr auch zwei junge Männer aus dem Kanton Luzern vereidigt. Dass an diesem Anlass die Regierung, eine Delegation des Kantonsrates, Vertreter der Landeskirchen, aber auch Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können, ist ein grosses Erlebnis, aber auch eine Ehre für die jungen Männer und ihre Familien. Es macht keinen Sinn, die eine Staatsaufgabe mit der anderen zu kompensieren. Ein Staatswesen funktioniert nur dann, wenn alles unter einen Hut gebracht werden kann, auch wenn das nicht immer schön ist.

Marcel Omlin: In zwei Punkten gebe ich David Roth recht: Das Vorgehen ist politisch unsensibel, vor allem weil die Kommunikation versagt hat. Luzern ist neben den Urkantonen sowie den Kantonen Wallis und Freiburg einer der traditionellen Gardekantone. Wir stellen die meisten Gardisten, aber auch Kommandanten. Markus Hess und Priska Galliker haben das erklärt, was die SP nicht zu begreifen scheint. Die individuelle Prämienverbilligung hat nichts mit Geldern aus dem Lotteriefonds zu tun. Es handelt sich um zwei komplett verschiedene Töpfe, genauso wie im Strassenbauprogramm, dort gibt es die A-, B- und C-Töpfe. Es wurde gesagt, dass der Kanton Zug sich eine solche Ausgabe leisten könne. Im Kanton Zug wurde innert kürzester Zeit ein extremes Sparprogramm durchgezogen. Davon ist der Kanton Luzern weit entfernt. Der Kanton Obwalden ist viel kleiner als der Kanton Luzern, die beiden Kantone können also nicht miteinander verglichen werden. Hans Stutz hat übrigens als Gast des Kantons Luzern die Olma in St. Gallen besucht, um danach via „Zentralplus“ negativ darüber zu berichten. Ich habe mich zusammen mit drei weiteren Personen schon lange für diesen Besuch in Rom angemeldet. Es ist selbstverständlich, dass wir die Reise selber bezahlen, und ich komme nötigenfalls auch gerne für die 100 Franken für den Apéro auf. Laut Hans Stutz hält der Vatikan nichts von Emanzipation. Das Wort Emanzipation stammt aus dem Lateinischen und sollte dem Vatikan daher bestens bekannt sein. Der Kanton Luzern sollte sich diese Reise nach Rom leisten. Die Schweizer Botschaft ist übrigens über den Besuch informiert. Mit Verlaub, unser Rat hat schon höhere Beiträge für weit weniger Sinnvolles gesprochen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Ruedi Burkard: Die Geschichte und die Tradition bilden die Grundlage einer jeden Gemeinschaft. Dies gilt auch, wenn finanzpolitisch unpopuläre Entscheide gefällt werden müssen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass sich die SP in ihrer Oppositionsrolle, in die sie sich selber gebracht hat, sehr wohl fühlt. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Marcel Omlin: 2012 war der Kanton Luzern auch am Sacco die Roma vertreten, angeführt durch die damalige SP-Regierungspräsidentin Yvonne Schärli-Gerig.

Giorgio Pardini: Es geht hier um mehr als nur um Symbolwerte und Traditionen, die ich übrigens durchaus teile. Hier geht es um die Menschen, die sich an der Grenze zum Existenzminimum bewegen, weil unser Rat entschieden hat, dass sie die Prämienverbilligung zurückerstatten müssen. Es geht auch nicht einfach nur um den Betrag von 100 000 Franken. Wir sprechen hier von 3000 bis 6000 Franken, welche die einzelnen Familien zurückerstatten müssen, obwohl sie nicht wissen wie. Mit diesen Familien sollten wir uns solidarisch zeigen, darum geht es.

Guido Müller: Unser Rat hat anlässlich der verschiedenen Sparprogramme und der OE17 darüber diskutiert, wie der Kanton Luzern zu mehr Einnahmen kommt. Die Regierung hat nur einen Weg gesehen, nämlich eine Steuererhöhung. Niemand hätte aber damit gerechnet, dass die Bevölkerung die Steuererhöhung ablehnt. Die Regierung musste eingestehen, dass ihre Kommunikation versagt hat. Welche Gründe haben aber gegen die Steuererhöhung gesprochen? Laut meinem Verwandten- und Bekanntenkreis finanziert der Kanton die unmöglichsten Dinge und verteilt die Gelder willkürlich. Einerseits werde die Prämienverbilligung gekürzt oder ganz gestrichen, andererseits würden Reisen nach Moskau oder Rom finanziert. Ich persönlich habe nichts gegen diese Reise, würde aber gerne wissen, ob die Regierung diese auch durchführen würde, wenn sie diese aus der eigenen Tasche finanzieren müsste. Sogar die Sessionsplanung wird deswegen auf den Kopf gestellt, so etwas habe ich noch nie erlebt, und ich gehöre diesem Parlament immerhin seit 18 Jahren an. Ich wiederhole es nochmals: Die Bevölkerung versteht es nicht, wenn wir einerseits über Sparmassnahmen diskutieren und andererseits das Geld praktisch aus dem Fenster werfen. Die Bevölkerung interessiert sich nicht dafür, ob es für den Strassenbau eine Spezialfinanzierung gibt oder ob es sich um Gelder aus dem Lotteriefonds handelt. Die Bevölkerung findet, diese Gelder könnten sinnvoller eingesetzt werden. Es wäre deshalb angebracht, wenn die Regierung etwas sensibler vorgehen würde. Auch im Kanton Luzern gibt es die Trennung von Kirche und Staat. Wenn die Regierung diese Reise nach Rom zur Schweizer Garde als wichtig empfindet, soll sie nach Rom gehen, die Reise soll sie aber bitte selber finanzieren.

Ylfete Fanaj: Ich wehre mich gegen den Vorwurf von Ruedi Burkard. Wir setzen uns für die Anliegen der Bevölkerung ein. Die Bevölkerung hat mit der Ablehnung der Steuererhöhung und der Unternehmenssteuerreform III kundgetan, was sie von unserer Finanzpolitik hält. Gemäss einer Bevölkerungsumfrage ist das Vertrauen in die Regierung geschwunden. Die Bevölkerung versteht nicht, warum die Regierung nun diese Romreise plant. Natürlich sollte sich der Kanton einmal pro Legislatur 100 000 Franken leisten können. Aber in der aktuellen Situation bringt niemand dafür Verständnis auf. Wir setzen uns für die Anliegen der betroffenen Menschen ein.

David Roth: Ich stamme aus einer Familie, die selber schon Gardisten gestellt hat. Gerade im Vatikan geht es doch auch um die christliche Nächstenliebe. Ich frage mich deshalb, was Papst Franziskus höher gewichten würde: dass 25 Familien die Prämienverbilligung erhalten würden oder diese Reise nach Rom?

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Seit etwas mehr als zwei Jahren ist ein Luzerner Kommandant der päpstlichen Schweizer Garde. Oberst Christoph Graf hat seinen Kanton Luzern zur Vereidigung der neuen Rekruten nach Rom eingeladen. Unter anderem sollen Rekruten von Eich, Gunzwil und Luzern vereidigt werden. Innerhalb der Regierung haben wir lange darüber diskutiert, ob wir diese Reise durchführen sollen oder nicht. Für den Regierungsrat ist die Annahme dieser Einladung eine Ehrensache und mit grosser Freude verbunden, dies umso mehr weil zum ersten Mal nicht nur eine kantonale Delegation von Parlament, Gericht, Bischof und Regierung nach Rom reist, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der drei Landeskirchen. Ich bin froh über diese drei Landeskirchen, denn sie leisten sehr viel für die Bevölkerung des Kantons Luzern. Nebst der offiziellen Delegation pilgern viele Luzernerinnen und Luzerner am Wochenende vom 4. bis 6. Mai 2018 zum Vatikan, um unseren Kanton zu vertreten. Die Festivitäten im Gedenken an die gefallenen Gardisten von 1527 und die Vereidigung neuer Rekruten zusammen mit vielen Menschen aus unserem Kanton im Geist der Ökumene zu erleben, macht mich als Regierungspräsident stolz, dazu stehe ich auch. Dass der Kanton Luzern eine spezielle Beziehung zur Garde hat, ist Ihnen allen wohl bekannt. Unser Kanton stellte sehr viele Gardisten in der über 500-jährigen Geschichte der päpstlichen Schweizer Garde und 24 von insgesamt 35 Kommandanten. Ob es einem passt oder nicht, es ist ein bedeutender Teil der Geschichte unseres Kantons. Die Regierung steht zu dieser Geschichte. Glauben Sie mir, das wird ein gutes und wichtiges Luzerner Volksfest in Rom, das dem Kanton auch guttut. Ich bitte Sie im Namen der Regierung höflich, dieses Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 77 zu 37 Stimmen ab.